

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

Bundesverband Deutscher Milchviehhalter BDM e.V.  
Gutenbergstr. 7-9  
85354 Freising

## DIE LINKE zu den Fragen der Deutschen Milchviehhalter

### I. Milchmarkt

---

#### **1. Wie steht Ihre Partei den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**

DIE LINKE hält ein erweitertes Sicherheitsnetz auf EU-Ebene zur Abfederung zukünftiger Milchpreiskrisen für notwendig. Dazu gehört an erster Stelle mehr Markttransparenz, um Frühwarnungen an die Branche in konkrete Maßnahmen zur frühzeitigen Milchmengenreduktion umzusetzen und gegebenenfalls später zeitlich befristete Interventionsmaßnahmen mit staatlicher Förderung durchzuführen. Noch wichtiger ist aus unserer Sicht eine permanente, präventiv wirkende und EU-weite nachfrageorientierte Milchmengenregulierung, die nicht nur für die Phase einer Preiskrise greift.

#### **2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage alleine in der Branche?**

Das wäre wünschenswert und funktioniert ja aktuell im Ökobereich. Aber angesichts des Systems einer strukturellen Übermacht von Handels- und Molkereikonzernen wird das im konventionellen Bereich nicht funktionieren und ob es funktioniert, wird sich zeigen müssen. DIE LINKE sieht die Ursache für wiederkehrende Marktverwerfungen vor allem in der Fehlausrichtung der EU-Politik, denn die strategische Orientierung auf globale, angeblich unersättliche Absatzmärkte außerhalb der EU bedeutet, sich zwangsläufig der Volatilität von Dumpingpreisen auf dem Weltagrarmarkt auszuliefern. Ein Teil der Branche, einige wenige Molkerei- und Handelskonzerne profitieren davon, haben politisch auf eine Liberalisierung des Milchmarktes hingewirkt und tragen deshalb auch eine Mitverantwortung für die Milchpreiskrisen. Die Erzeugerbetriebe hingegen stehen immer dominanteren Molkerei- und Handelskonzernen gegenüber, deren Erpressungspotenzial noch steigt, wenn die produzierte Milchmenge über der Nachfrage liegt. Eine weitere negative Folge dieser Exportstrategie ist die tendenziell geringere Wertschöpfung, die selbst dann wenig Spielraum für faire Erzeugerpreise bietet, wenn das Milchangebot nicht die Nachfrage übersteigt. Deshalb ist eine auf die regionale Versorgung orientierte Milchproduktion ein wichtiger Ausweg aus den zyklischen Krisen der vergangenen Jahre.

#### **3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müssten eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?**

Im Grundsatz unterstützt DIE LINKE Strukturen, die eine kooperative und solidarische Zusammenarbeit in der Wirtschaft als Alternative zu unfairer Wettbewerb und Verdrängung ermöglichen. Die „Branche“ setzt sich allerdings gegenwärtig aus sehr vielen Akteuren mit ungleichen Verhandlungspositionen zusammen. Aufgrund der massiven Konzentrationsprozesse in Verarbeitung und Handel, stehen viele Erzeugerbetriebe einer immer geringeren Anzahl von Molkereien und diese noch wenigeren Handelskonzernen gegenüber. Aus Sicht der LINKEN kommt es deshalb darauf an, die Entscheidungsmacht zugunsten der Erzeugerbetriebe zu verschieben. Das wird nur gelingen, wenn die Gewinne in der Wertschöpfungskette zu Gunsten der Erzeugerbetriebe fairer verteilt werden. Die von der Bundesregierung gelobten Branchengespräche haben wiederholt gezeigt, dass die Konzerne nicht freiwillig auf Gewinne und Macht verzichten werden. Solche Gespräche machen nur Sinn, wenn alle Beteiligten auf Augenhöhe agieren können. Deshalb fordert DIE LINKE eine verstärkte kartell-rechtliche Prüfung und zukünftig auch eine Erweiterung des Kartellrechts um gemeinwohlorientierte Kriterien. Neben der Verarbeitungsindustrie muss auch der Druck auf den Lebensmitteleinzelhandel erhöht werden.

#### **4. Frage an die Befürworter von Branchenorganisationen: Marktkrisen sind immer globale Marktkrisen. Wie kann/soll über eine nationale Branchenorganisation Einfluss auf den globalen Markt genommen werden?**

DIE LINKE steht Branchenorganisationen grundsätzlich offen gegenüber. Ihre Einflussnahme auf globale Märkte schätzen wir jedoch begrenzt ein.

DIE LINKE hält die Ausrichtung auf globale, angeblich unersättliche Absatzmärkte für falsch, denn wir wollen die Existenz des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebs nicht von volatilen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt abhängig machen. Aus unserer

Sicht treten Marktkrisen in der Regel regional auf und können erst durch die Liberalisierung der Agrarmärkte globale Preiskrisen auslösen. DIE LINKE will die landwirtschaftlichen Betriebe nicht den zu erwartenden Preiskrisen ausliefern und setzt stattdessen auf nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln, regionale Wertschöpfungsketten und einen fairen Welthandel.

---

**5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehalter politischen Handlungsbedarf oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?**

Hier sehen wir seit vielen Jahren politischen Handlungsbedarf und haben diesen auch immer wieder eingefordert. Auf EU-Ebene muss eine permanente nachfrageorientierte Mengenregulierung eingeführt werden. Kartellrechtliche Prüfungen und die Erweiterung des Kartellrechts um gemeinwohlorientierte Kriterien sind weitere Maßnahmen.

**II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP 2020)**

---

**6. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 auf Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu konzentrieren?**

DIE LINKE möchte die Förderprogramme der EU-Agrarpolitik zukünftig stärker nach dem Prinzip öffentliches Geld für öffentliche Leistung ausrichten. Im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft müssen soziale und ökologische Kriterien eine stärkere Berücksichtigung bei der Verteilung von Fördermitteln erhalten. Als LINKE stellen wir fest, dass Rahmenbedingungen wie die Gemeinsame Marktordnung oft mehr Einfluss auf die Zukunft der Landwirtschaftsbetriebe ausüben. Deshalb müssen diese dringend weiterentwickelt werden mit dem Ziel, die regional verankerten Primärproduzenten so zu stärken, dass die regionale Lebensmittelproduktion gesichert wird, Erzeuger\_innen von ihrer Arbeit auch leben können und Lebensmittel bezahlbar bleiben.

**7. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?**

DIE LINKE hat schon für die laufende Finanzperiode der GAP gefordert, konsequenter nach dem Prinzip „öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen“ ausgestalten, ökologische durch soziale Kriterien zu ergänzen und die Politik für die ländlichen Räume stärker mit der Agrarpolitik verzahnen. Die nachhaltige, vor Ort verankerte Landwirtschaft soll neben ihrer regionalen Versorgungsfunktion mit gesunden Lebensmitteln und erneuerbaren Energien auch bei der Sicherung existenzsichernder Einkommen und ihrer sozialen Stabilisierungsfunktion in den ländlichen Räumen unterstützt werden. DIE LINKE hatte deshalb bereits für die laufende Finanzperiode – und leider als einzige Fraktion – gefordert, die Fördermittel der ersten Säule an sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu koppeln. Mit einer solchen Bindung der Direktzahlungen an den Faktor Arbeitskraft wäre nicht die Größe eines Betriebes die Richtschnur, sondern ein soziales Kriterium eingeführt, das landwirtschaftliche Tierhaltungen unterstützt. Darüber hinaus haben wir eine Weidetierprämie gefordert als Ausnahme von der Entkoppelung der Direktzahlungen, um die am meisten gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung zu unterstützen, die durch die Offenhaltung der Agrarlandschaft oder die Deichpflege besonders auf Gemeinwohlinteressen orientiert ist.

**8. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?**

Nein, aber dennoch ist die Fördermittelvergabe eine wichtige politische Stellschraube, um unerwünschter Konzentration und vor allem feindlichen Betriebsübernahmen insbesondere durch landwirtschaftsfremde Investoren entgegenzuwirken. Denn die größten Bedrohungen der ortsansässigen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sieht DIE LINKE in den massiv gestiegenen – und teilweise weiter steigenden – Bodenpreisen und nicht kostendeckenden Erzeugerpreisen. Das verschärft zudem die zunehmende direkte oder indirekte Verdrängung der ortsansässigen Betriebe durch landwirtschaftsfremdes Kapital und Agrarkonzerne. Das ist extrem ungerecht und deshalb werden gesetzliche Schutzregeln gegen erpresserische, übermächtige Konzernstrukturen im vor- und nachgelagerten Bereich sowie gegen landwirtschaftsfremde Investoren dringend gebraucht. Die Mittel der EU-Agrarförderung wollen wir nutzen, um die Exportorientierung zu beenden und ökologische Nachhaltigkeit, regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärker zu fördern

**9. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?**

Bürokratie muss für DIE LINKE auf zwingend notwendige Regeln für den Gesetzesvollzug gebunden und darauf orientiert sein, Missbrauch bzw. Schaden für die Gesellschaft zu verhindern. D. h. Kontrolle und Dokumentation dürfen selbstverständlich kein Selbstzweck sein. Ein Bericht des Landesrechnungshofes Baden-Württemberg bestätigte die Unverhältnismäßigkeit von Verwaltungsaufwand und Nutzen bei der GAP-Umsetzung in den Bundesländern. Wenn z. B. 25 bis 30 % der ELER-Förderung für die Verwaltung

verbraucht werden, muss dieser Missstand geändert werden.

Wir wollen Zielkonformität statt Richtlinienkonformität. Das Ergebnis muss zählen. DIE LINKE setzt sich für eine Stärkung der regionalen Eigenverantwortung ein. So soll die Vergabe von Fördermitteln für die ländlichen Räume auf die regionale Ebene verlagert und Spielräume eröffnet werden, auch fernab der Richtlinien zu fördern. Vor allem innovative Ideen stehen oft außerhalb der Richtlinienkonformität. Außerdem sollten frei verfügbare Regionalbudgets eingeführt, die interkommunale Kooperation in regionalen Zusammenschlüssen gestärkt und Bottom-Up-Ansätze gefördert werden.

---

### **10. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?**

Neben der bereits erwähnten Bindung der Direktzahlungen an sozialversicherungspflichtige Arbeit, und damit einer sozial gerechteren Verteilung der Fördergelder an tierhaltende Betriebe, muss der Acker- und Pflanzenbau ökologischer werden. Das Greening war hier ein wichtiger Schritt, dessen aktuelle Umsetzung aber nur eine begrenzte Wirkung ermöglichte. Um diese zu erhöhen muss die Umsetzung rechtssicherer und einfacher werden. So sollten besonders wirkungsvolle Maßnahmen für die biologische Vielfalt, wie z. B. das Anlegen von Landschafts- und Strukturelementen, also Hecken, Feldgehölze oder Baumreihen gegenüber Flächenmaßnahmen wie der Anbau von Zwischenfrüchten oder das Anlegen eines Pufferstreifens ausgebaut werden. Bei allen Überlegungen zur Umverteilung innerhalb der Säulen oder zwischen den Säulen steht für DIE LINKE im Vordergrund, die ortsansässigen Betriebe zu stabilisieren, die soziale und ökologische Leistungen für die Gesellschaft erbringen und zur Produktion von nachhaltig erzeugten Lebensmitteln und erneuerbaren Energien beitragen. Dazu gehören auch einkommensstabilisierende Wirkungen der Förderprogramme. So will DIE LINKE zwar am Grundsatz festhalten, keine Produktion zu fördern, sieht aber Bedarf in begründeten Ausnahmefällen davon abzuweichen. Z. B. fordern wir seit Jahren eine Weidetier- oder zumindest Mutterschafprämie (für alle kleinen Wiederkäuer). Darüber hinaus brauchen die Weidetierhalter dringend mehr direkte und indirekte Unterstützung vom Bund, z. B. durch einen bundesweit einheitlichen und wirksamen präventiven Herdenschutz einschließlich eines Herdenschutzkompetenzzentrums.

---

## **III. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung**

### **11. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produktkennzeichnung?**

Ja, DIE LINKE will den Auskunftsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher zu sozialen und ökologischen Herstellungs- und Lieferbedingungen von Lebensmitteln im Verbraucherinformationsgesetz verankern. DIE LINKE spricht sich für eine Kennzeichnung von Tierhaltungsformen für Fleisch und Fleischprodukte, Milch und Milchprodukte sowie verarbeitete Eier aus. Dabei müssen auch Lösungen dafür gefunden werden, wie beispielsweise die Haltungsformen für Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Hühner, Gänse, Enten im Einzelnen unterschieden werden können. Hierfür benötigen wir Definitionen. Darüber hinaus brauchen wir ein verpflichtendes Tierwohllabel.

---

## **IV. Tierwohl**

### **12. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?**

Tierwohl kann nur durch einen gesetzlichen Rahmen gewährleistet werden. Ziel muss es sein, die grundgesetzliche Pflicht zum Tierschutz und eine tiergerechte Haltung durchzusetzen. Wir fordern daher eine generelle Abkehr von Großställen und deutlich kleinere Tierbestände. Neue hohe Standards für die Tierhaltung müssen ein Verbot der Qualzucht (z.B. der betäubungslose Kastration männlicher Ferkel) beinhalten. Lebendtiertransporte von mehr als vier Stunden dürfen nicht mehr durchgeführt werden. Verbraucher müssen bei jedem Lebensmittel mit tierischen Bestandteilen Klarheit über den Tierschutz haben

---

### **13. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?**

Mehr als 1.000 verschiedene Label und Siegel für Produkte und Dienstleistungen halten wir für nicht sinnvoll. Diese Vielfalt dient keinem Verbraucher/keiner Verbraucherin, denn sie haben keinen Informationsgehalt, sondern sind reine Marketinginstrumente. Daher spricht sich DIE LINKE für wenige Label aus, deren Anforderungen gesetzlich geregelt sind und deren Einhaltung auch kontrolliert werden kann. So fordert DIE LINKE zum Beispiel einen gesetzlichen Schutz des Begriffs „Regional“, der mit klaren regionalen Kriterien verbunden sein muss.

---

### **14. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?**

Bereits jetzt werden Milchviehbetriebe durch die ländereigenen Agrarinvestitionsförderprogramme bei der Modernisierung der Haltungssysteme unterstützt. DIE LINKE setzt sich für die Fortführung von Stallbauzuschüssen ein, wenn damit ein erhöhter Standard im Management, für Tierwohl und Umwelt und bessere Arbeitsbedingungen für das Betreuungspersonal erzielt wird. Der Ausstieg aus dieser Haltungsform muss bei der ganzjährigen Anbindung beginnen.

---

**15. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?**

DIE LINKE setzt sich für ein Verbot der Anbindehaltung von Rindern und Kühen ein, wobei zuerst der Ausstieg aus der ganzjährigen Anbindehaltung kommen muss. Fördermittel, auch aus den Agrarförderinvestitionsprogrammen, sollten explizit den Ausstieg aus dieser Haltungsform unterstützen.